

Hausarbeit zum Oberseminar:

Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten

Grundlagen und aktueller Diskussionsstand über die
Erweiterung und über die vertiefte Integration

Oberseminar: Wirtschaftsgeographie Europas

Dozent: Prof. Oßenbrügge

Hausarbeit: Christopher Stark
Matr. Nr.: 5683983
Christopherstark@gmx.de

Wintersemester 2007 / 2008 - Universität Hamburg

Gliederung

1.	Einleitung und Fragestellung.....	3
2.	Europäische Genese – historische Grundlagen.....	3
2.1	Die weitere räumliche Integration.....	6
3.	Politische Strukturen und Ziele der EU.....	6
3.1.	Ziele der EU.....	6
3.2.	Grundstrukturen der EU.....	7
4.	Identitätsmuster und ihre Bedeutung für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten.....	8
5.	Wichtige Konfliktlinien und Differenzen innerhalb Europas.....	10
5.1.	Theoretische Ebene.....	10
5.2.	Konfliktlinien.....	11
5.3.	Beispiel für die Differenz: Sicherheitspolitik.....	12
6.	Differenzierte Integration: Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten.....	13
6.1.	Positives Beispiel für eine differenzierte Integration: Die Währungsunion – Der Euro Raum.....	15
7.	Das Spannungsverhältnis zwischen Erweiterung und Vertiefung der EU.....	16
8.	Mögliche zukünftige Konstellationen.....	17
8.1	Die EU-Verfassung in Bezug auf differenzierte Integrationsgeschwindigkeiten.....	17
8.2	Die Regionale Dimension der Integration.....	18
8.3	Eine Sezessionsoption/„Exit Option“ für EU Mitglieder?.....	18
9.	Fazit und Ausblick.....	18
10.	Literaturverzeichnis.....	20

1. Einleitung und Fragestellung

Mit der schnell voranschreitenden Erweiterung der Europäischen Union seit den 1990er Jahren kam es zunehmend zu einer Heterogenisierung der Gemeinschaft. Gleichzeitig war eine zunehmende Tendenz des Vetoverhaltens zu beobachten. So traten vermehrt sogenannte „Opting-Out“-Strategien auf; Sonderwege, welche einzelne Länder oder Ländergruppen innerhalb der EU – nicht immer im Sinne der Gemeinschaft – beschreiten, indem sie sich bestimmten Elementen der Gemeinschaftspolitik entziehen.

Heute hat die EU 27 Mitglieder – nachdem die Gemeinschaft 1951 mit sechs Staaten ihre ökonomische (und zunehmend auch politische) Integration begonnen hatte. Die aufgrund der Vielfalt der Interessen zunehmend schwieriger werdenden Aushandlungsprozesse verursachten Reflektions- und Diskussionsprozesse, in deren Zuge vor allem von Politikern abgestufte Integrationsgeschwindigkeiten für europäische Staaten, sowie die Erlaubnis für nationale Sonderwege innerhalb der EU gefordert wurden. Hierfür wurden eine Reihe unterschiedlicher Konzepte verfaßt, welche darauf abzielen, den Integrationsprozeß auf die eine oder andere Weise zu erleichtern. Diese Konzepte sollen in dieser Arbeit vergleichend dargelegt werden. Hierbei stellen sich mehrere Fragen:

Lösen verschiedene Integrationsgeschwindigkeiten auf dem Weg zu einer politischen und ökonomischen Einheit Europas Probleme und führen sie letztendlich zu einer stärkeren Konvergenz europäischer Staaten, oder bewirken sie eher ein „Auseinanderdriften“ Europas? Um dies beantworten zu können ist es wichtig, zunächst herauszustellen, welche Ausprägungen und Ebenen innereuropäischer Differenzen es gibt.

Eine weitere Frage wäre, ob verschiedene Geschwindigkeiten beziehungsweise nationale Sonderwege überhaupt sinnvoll sind, sofern man die Einheit Europas als normativ erwünschtes Ziel definiert.

Auch erscheint es hier sinnvoll, die Gemeinsamkeiten, oder sogar die gemeinsamen Werte (sofern vorhanden) darzustellen. Die Frage, ob es so etwas wie eine europäische Gesamtkultur gibt, soll hier also auch eine Rolle spielen. Vielleicht reicht es ja auch gar nicht, von einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten zu sprechen, sondern man muß von einem Europa der verschiedenen Wege sprechen. Schließlich impliziert „verschiedene Geschwindigkeiten“, man befinde sich auf dem selben Weg. Ob die Wege letztendlich am Ende zusammenführen, kann hier aber nicht beantwortet werden.

Fraglich ist auch, ob eine Fokussierung auf Nationalstaaten bei der Frage der verschiedenen Geschwindigkeiten wirklich sinnvoll ist, zumal sich Entwicklungstempi häufig nicht an nationalen Grenzen orientieren, sondern eher durch historisch gewachsene Regionen unterschieden werden können. Hierbei lohnt sich ein Blick auf die regionale Entwicklung innerhalb der EU.

2. Europäische Genese – historische Grundlagen

Ein entscheidender Grund dafür Europa zu einigen und die Integration in ein gemeinschaftliches europäisches Staatensystem voranzutreiben war zunächst der Wunsch der mittel-europäischen Länder, Deutschland nach Ende des 2. Weltkrieges stärker einzubinden, um so ein starkes (bzw. destruktives) und Europa dominierendes Deutschland in Zukunft zu verhindern.

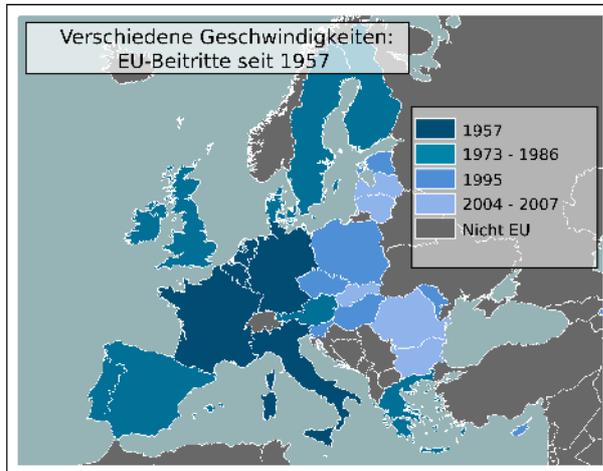


Abbildung 1: Beitrittsjahre zur EG bzw. zur EU

Nach Ende des 2. Weltkrieges hatte z.B. Winston Churchill schon 1946 (in seiner Zürcher Rede) die „Vereinigten Staaten von Europa“ - also ein politisch, administrativ einheitliches Europa gefordert (Frenkler, 1997).

Die europäische Integration nach dem 2. Weltkrieg war von Anfang an von verschiedenen Geschwindigkeiten geprägt. Dies ist schon an den Beitrittsjahren der Länder der heutigen EU abzulesen. Dieser Prozeß der europäischen Integration zieht sich bereits über 50 Jahre hin.

Die Geschichte Europas nach dem 2. Weltkrieg war und ist geprägt durch einen andauerndem langsamem Einigungsprozeß und vielen Verwerfungen auf dem Weg zu einer politischen Gemeinschaft.

Im Folgenden soll der Integrationsprozeß von einem nationalstaatlich dominierten Europa hin zu einer europäischen Union dargestellt werden. Auf der rechten Seite finden sich Aspekte, welche im Zusammenhang mit einer zeitlich oder funktional abgestuften Integration in Zusammenhang stehen.

Die europäische Integration nach dem 2. Weltkrieg war von Anfang an von verschiedenen Geschwindigkeiten geprägt. Dies ist schon an den Beitrittsjahren der Länder der heutigen EU abzulesen. Dieser Prozeß der europäischen Integration zieht sich bereits über 50 Jahre hin.

Schritte der europäischen Integration	
1951	Die EGKS – Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Ziele: Die Beseitigung von Zöllen und Verstärkung zwischenstaatlicher ökonom. Verflechtung zur Verhinderung von Konflikten – Mitglieder Frankreich, BRD, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg.
1957	Römische Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (und EURATOM) EWG: Gemeinsamer Markt, Abschaffung von Zöllen (endgültig seit 1968). Übergangsfristen wurden verabredet. (Abgestufte Integration)
1967	Gründung der EG – Europäischen Gemeinschaft (Zusammenfassung aus EURATOM, EGKS und EWG)
1979	Ersten Wahlen zum Europäischen Parlament durch allgemeine Direktwahl im Juni
1970	Europäische Politische Zusammenarbeit in der Außenpolitik wird beschlossen - EPZ

1985	Schengener Abkommen: Grenzkontrollen zwischen Staaten der EG werden abgeschafft.	Zeitlich differenzierte Integration. Voranpreschen einiger weniger Staaten ohne gemeinsamen Beschluß aller Staaten
1993	Vertrag über die Europäische Union (EU) (Maastrichtvertrag) Neue Bereiche kamen als Aufgabenbereiche für die Gemeinschaft hinzu (basierend auf EG, GASP ¹ , ZJ ²).	
1997	Vertrag von Amsterdam: Ergänzungen zum Maastrichtvertrag werden beschlossen.	Flexible Integration wurde grundsätzlich anerkannt (innerhalb verfassungsrechtlicher Grenzen und unter Wahrung der Einheitlichkeit)
1999	Einführung des Euro als gemeinsame (bar-geldlose) Währung; 2002 als Bargeld.	Zeitliche Abstufung der Integration: Konvergenzkriterien müssen vor Beitritt erfüllt sein. Abgestufte inhaltliche Integration: (dauerhafte Opting-Out ³ Genehmigung für GB und Dänemark in Bezug auf den Euro)

Pfetsch, 2001; www.europa.eu/abc/12lessons/lesson_2/index_de.htm, Fritzier, 2001; Janning/Giering, 1999; <http://europa.eu/scad-plus/leg/de/lvb/l33020.htm>

In der folgenden Tabelle ist der zunehmende Grad der Integration Europas dargestellt. Der aktuelle Stand der Integration ist im Prinzip in der 4. Zeile zu finden: Die gemeinsame supranationale Wirtschaftspolitik.

Die Politik der Europäischen Union zielt langfristig darauf ab, auch Dimensionen jenseits einer rein ökonomischen Gemeinschaft zu erreichen (die unteren beiden Zeilen, sowie die beiden rechten Spalten).

Jedoch muß hierfür zunächst eine politische Einheit hergestellt werden. Die kulturelle Einheit ist dann sozusagen der höchste Grad europäischer Integration.

	Freihandelszone	Zollunion	Gemeinsamer Markt	Wirtschaftsunion	Politische Einheit	Kulturelle Einheit
Keine Handelshemmnisse zwischen Mitgliedsstaaten	■	■	■	■	■	■
Gemeinsame Außenhandelspolitik gegenüber außenstehenden Ländern		■	■	■	■	■
Freier Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen Mitgliedsstaaten			■	■	■	■
Gemeinsame supranationale Wirtschaftspolitik				■	■	■
Hauptsächlich gemeinsame politische Institutionen					■	■
Gemeinsame Identifikation der Bevölkerung						■

ergänzt nach Dicken, 2002

1 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

2 Zusammenarbeit bei Innen- und Justizpolitik

3 Das ausschwenken eines oder mehrerer Staaten aus dem Rahmen der vorgegebenen politik der Europäischen Union

2.1 Die weitere räumliche Integration

Neben der in der Tabelle dargestellten Vertiefung, also zunehmender Integration, spielt auch eine räumliche Erweiterung der EU weiterhin eine wichtige Rolle.

Man könnte auch blasphemisch die Frage stellen, ob sich all diese Überlegungen überhaupt noch lohnten, da für ein vollständiges Europa ohnehin nur noch die Balkanstaaten, die Türkei, die Schweiz und ggf. Weißrußland, sowie die Ukraine fehlen. Allerdings würde dies wohl zu kurz greifen, da die Integration ein ständig andauernder Prozeß der Annäherung ist und wohl nie ein statisches Ende einer totalen Konvergenz haben kann.

Will ein neues Land der EU beitreten, so muß es vorher der Acquis communautaire übernehmen. Dies bedeutet, daß dieses Land alle Gesetze, Richtlinien, Rechtsvorschriften, sowie die politischen Zielsetzungen der EU in nationales Recht überführen muß.

Flexible Lösungen der Integration sind in den EU-Verträgen nicht vorgesehen, was bedeutet, daß es keine Ausnahmen beim Beitritt für bestimmte Politikbereiche gibt (Janning/Giering, 1999).

Ein Hauptgrund für die Erweiterung der EU ist aus Sicht der neu hinzukommenden Ländern meist die Erwartung, es komme im Zuge der ökonomischen Integration langfristig zu einer konvergenten wirtschaftlichen Entwicklung und damit zu einem Aufschließen an den Wohlstand Nord- und Westeuropas. Diese Annahme folgt der neoklassischen Wirtschaftstheorie. Auch spielen die Erweiterung von Märkten, die damit steigenden Absatzmöglichkeiten heimischer Unternehmen, sowie die daraus resultierenden Skalenerträge eine Rolle.

Auch die Bedeutung sind die Strukturfonds der EU (wirtschaftliche Förderung für ökonomisch schwache Regionen) als Anreiz für einen Beitritt darf hierbei nicht unterschätzt werden.

3. Politische Strukturen und Ziele der EU

3.1 Ziele der EU

Grundpfeiler und handlungsbestimmendes Element der Europäischen Union ist der EU-Vertrag (Maastrichter Vertrag) von 1992. Der Vertrag umfaßt drei Säulen der Politik und geht damit weit über eine rein wirtschaftliche Integration hinaus.

Die Drei Grundpfeiler sind:

1. Säule EG: Wirtschaftsfragen wie Zölle, Verbraucherschutz, Wirtschaftspolitik, Unionsbürgerschaft, Agrarpolitik, Kultur und Bildung
2. Säule: GASP: Abrüstung, Demokratie, Friedenspolitik, europäische Sicherheit...

3. Säule: Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik

(Fritzler/Unser, 2001; Urbancsek, 2008)

Ein wichtiges Ziel der ersten Säule besteht in der Bestrebung, eine Konvergenz der Wirtschaftsleistungen innerhalb der EU zu fördern (Herz/Hild, 2007).

Ziel ist hierbei, die „ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens“, „ein hohes Beschäftigungsniveau“ und den „wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt“ sowie die „Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten“ zu fördern. Hierfür soll vor allem der Rückstand der am meisten benachteiligten Gebiete durch Förderungen vermindert werden. In der Regel werden nicht Nationalstaaten als ganzes gefördert, sondern wirtschaftlich besonders wenig erfolgreiche Regionen. Problematisch ist hierbei, daß durch die Osterweiterung viele schwach entwickelte Regionen Westeuropas ihren Status als Förderregion verloren, was zwischenzeitlich für Unmut sorgte (Ziel 1 Regionen sind die verhältnismäßig „reichsten“ der hier geförderten Regionen. Dies bemißt sich an einer Wirtschaftsleistung pro Einwohner, welche unter 75% des EU Niveaus liegt) (Davidis, 2004).

Neben diesen Konvergenzziele der EU, stehen auch die Förderung des Fortschritts, die Stärkung des wirtschaftlichen und Sozialen Zusammenhalts, sowie die Behauptung der europäischen Identität nach innen und außen im Vordergrund. Die Stärkung der Rechte der EU-Bürger und das Prinzip der Subsidiarität¹ werden des weiteren als Ziele definiert (Fritzler/Unser, 2001).

Das Subsidiaritätsprinzip stellt ein effizientes Mittel zur politischen Steuerung dar, da es zum einen bürgernäher ist, und zum anderen den Wettbewerb verschiedener Problemlösungen der verschiedenen kleinen politischen Einheiten fördert. Das Subsidiaritätsprinzip kann hierbei als Gegengewicht zu den zentralistischen Gemeinschaftsorganen der EU gesehen werden (Schäfer, 2005). Allerdings muß einschränkend gesagt werden, daß die Regionen dennoch nur wenig Mitspracherecht haben, zumal die Entscheidungen überwiegend auf suprastaatlicher- oder nationalstaatlicher Ebene getroffen werden.

3.2 Grundstrukturen der EU

Europas Institutionen stehen heute zwischen Intergouvernementalismus und Supranationalismus, es bestehen also zwischenstaatliche Handlungsfelder (durch Nationalstaaten geprägt), wie auch gemeinschaftliche, für alle gleichermaßen geltende übernationale Politikstrukturen. Pfetsch entscheidet in vier Hauptmerkmale der EU in Bezug auf ihre Grundstrukturen:

Die EU befindet sich im Prozeß, es handelt sich bei der Herausbildung der EU also um kontinuierliche Verhandlungsprozesse mit einem offenen Ende. Prozesse laufen auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Geschwindigkeiten ab, nacheinander oder parallel.

Der zweite wichtige Aspekt in diesem Zusammenhang sind die Institutionen. Hierzu zählen Kommission, EU Parlament, Europäischer Gerichtshof etc. sie alle haben einen supranationalen² Charakter.

1 Die Gemeinschaft regelt nur Fragen, welche nicht, oder nicht ausreichend gut auf kleinerer politischer Ebene geregelt werden können

2 Supranational bedeutet die Verlagerung nationalstaatlicher politischer Kompetenzen auf eine höhere Ebene gemeinschaftlicher

Die Mehrebenenstruktur wird des weiteren als EU-typisch charakterisiert. Je nach politischer Schule sieht man diese Struktur z.B. beherrscht von Nationalstaaten (Realismus), oder man sieht bei den Funktionalisten subnationale und nicht-staatliche Institutionen als beherrschend an.

Als viertes Hauptmerkmal der EU wird die Gleichheit bei Ungleichheit herausgestellt. Hiermit sind ausgleichende Prinzipien gemeint, etwa in Bezug auf das Mitspracherecht von Minderheiten (etwa das Einstimmigkeitsprinzip, welches Minderheiten einen hohen Schutz bietet). Mit Minderheiten sind hier unter anderem kleine Länder oder zum Beispiel auch ärmere Länder gemeint (Pfetsch, 2001: S. 121-124).

4. Identitätsmuster und ihre Bedeutung für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten.

Bedeutend für die Entwicklung eines gemeinsamen Europas ist die Frage nach der gemeinsamen europäischen Identität. Schließlich muß sich die politische Integration Europas an normativen Vorgaben für die Entwicklung orientieren. Zumindest muß ein Grundkonsens in wesentlichen Fragen der politischen Ausrichtung vorhanden sein, wenn die Gemeinschaft funktionieren soll. Die Identität spielt neben einer Europäisierung, bzw. einer nationalen Angleichung auf der materiell, institutionellen Ebene eine große Rolle (Gaisbauer, 2005).

Identität funktioniert auf verschiedenen Ebenen, so etwa auf einer Ebene der Klassen, Regionen, Nationalstaaten oder größeren Gebietseinheiten. Identität setzt sich hierbei zusammen aus einem schwer zu fassenden Sammelsurium gemeinsamer Werte, gemeinsamer Geschichte, Mythen und auch anderen subjektiv interpretierten Gemeinsamkeiten mit anderen Menschen einer Region, einer sozialen Schicht etc. .

Hier ist der sozialpsychologische Identitätsbegriff zu erwähnen, welcher Identität als eine „affektive Bindung an einer sozialen Bezugseinheit“ beschreibt und damit das konstruktivistische des Begriffes herausstreicht (Pfetsch, 2001: S.114).

Auch die Abgrenzung zu anderen definierten Identitäten spielt eine bedeutenden Rolle (genetische Identität). Eine solche Abgrenzung findet etwa in geoökonomischen, oder geopolitischen Konkurrenzsituationen statt (Pfetsch, 2001) (etwa in der Frage des Irakkriegs oder in Fragen der ökonomischen Konkurrenz- etwa zwischen dem US-amerikanischen Unternehmen Boeing mit dem europäischen gemeinschaftsunternehmen EADS).

Bei der europäischen Identitätskonstruktion wird auch häufig auf die gemeinsame „Überwindung des Krieges“ verwiesen, welche Europa seit Beginn des kalten Krieges gemeinsam praktiziert (in den letzten Jahren nicht immer absolut konsequent) (Gaisbauer, 2005).

Gemeinsame Symbole, etwa in Form von architektonischen Stilen welche überall in Europa wiederzufinden sind, oder auch als gemeinsam definierte literarisch/künstlerische Epochen wie etwa die Aufklärung oder die Romantik, können als identitätsstiftend angesehen werden. Historische Gemeinsamkeiten beziehen sich in Europa z.B. auf Ereignisse wie den 30 jährigen

Entscheidungsstrukturen – hier auf die Ebene der EU.

Krieg oder die beiden Weltkriege und symbolisieren ein gemeinsames Schicksal (Pfetsch, 2001).

Die Europäische Union hat als ein Ziel definiert, eine gesamteuropäische Identität zu schaffen, welche neben der bisher am stärksten ausgeprägten nationalen und regionalen Identität an Bedeutung gewinnt. Ein Ziel einer solchen gemeinsamen Identität ist eine vereinfachte und in Zukunft reibungsloser verlaufende Integration europäischer Staaten. Ziel ist es sozusagen, die Integrationsgeschwindigkeit durch gemeinsame Identität zu synchronisieren.

Die Identitätsbestrebungen der EU entstehen aus einem Mangel an gesamteuropäischer Identität. Ein Gemeinschafts- oder Wir-Gefühl eines europäischen Patriotismus ist zumindest nur sehr begrenzt, wenn überhaupt vorhanden. Auch die Identifikation mit der europäischen Ebene der Politik ist bei den meisten EU-Bürgern schwach ausgeprägt.

Die Herausstellung einer europäischen Identität, welche auf Menschenrechte, Demokratie, Wirtschaftsliberalismus und Sozialstaat basiert, scheint viel zu allgemein, um eine Identifikation über diese „gemeinsamen Werte“ herzustellen. Es könnte daher schon viel eher aus der gemeinsamen Geschichte heraus oder mit Hilfe des Druckes von außen der Einigungsprozeß in Zukunft stärker forciert werden (Palm, 2003). Nationalstaatliches Denken und Fühlen hat sich in den letzten Jahrhunderten stark in die Köpfe und die Herzen der Europäer eingebrannt und behindert nun eine europäische Integration, welche bisher eben nur eine Integration der Köpfe (und des ökonomischen Denkens) ist.

Der Versuch, eine gemeinsame Verfassung zu etablieren geht in die Richtung, eine zumindest aufgesetzte gemeinsame politische Identität zu schaffen (Weidenfeld, 2006). Immerhin unterstützt eine Mehrheit der EU-Bürger die Idee einer europäischen Verfassung im Grundsatz (Umfrage laut Eurobarometer Ende 2005: 63% gegen 21%, die der Verfassung ablehnend gegenüberstehen) (Greil, 2006).

Es wurde über eine mögliche Aufspaltung der europäischen Verfassung in verschiedene Teilbereiche diskutiert, welche auch zu einer differenzierten und zeitlich abgestuften Ratifizierung durch einige Länder geführt hätte. Dieser Vorschlag wurde allerdings wieder verworfen

(Greil, 2006). Das Scheitern der EU-Verfassung 2005 verstärkte zunächst wieder das Denken in Dimensionen verschiedener Entwicklungsgeschwindigkeiten innerhalb Europas (Fritz-Vannahme, 2003).

Verschiedene – möglicherweise mit Identität in Zusammenhang stehende Integrationsintensitäten – werden auch zwischen Mitgliedsstaaten deutlich. So ist an der Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament (2004) gut abzulesen, welche Länder, bzw. welche Bevölkerungen sich als

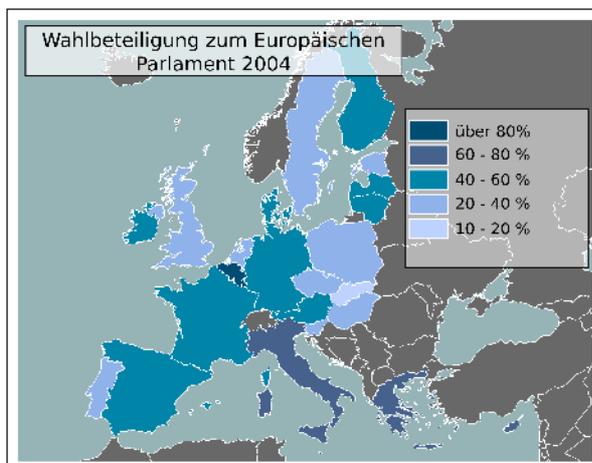


Abbildung 2: Wahlbeteiligung EU-Parlament 2004¹

¹ www.europa.eu/abc/12lessons/lesson_2/index_de.htm (Offizielle Website der Europäischen Union), (Pfetsch, 2001), (Fritzler/Unser, 2001)

Europäer wahrnehmen, bzw. welche das europäische Projekt scheinbar deutlicher unterstützen. Es ist hierbei keine deutliche Hierarchisierung nach „neuen“ und „alten“, oder „peripheren“ und „zentral gelegenen“ Staaten in der Wahlbeteiligung auszumachen. In der Tendenz kann aber wohl festgestellt werden, daß (banalerweise) in denjenigen Ländern mit einer höheren Akzeptanz für Europa die Wahlbeteiligung auch höher ist. Es verwundert hier aber doch die recht niedrige Wahlbeteiligung in Portugal und in den Niederlanden.

5. Wichtige Konfliktlinien und Differenzen innerhalb Europas

5.1 Theoretische Ebene

Konfliktpotentiale und Differenzen innerhalb der EU können auf verschiedenste Weise beleuchtet werden. Aus einer institutionalistischen Perspektive betrachtet, kann darauf hingewiesen werden, daß bei der Übertragung europäischer Politikvorgaben durch die Mitgliedsstaaten in nationales Recht, häufig Widerstände zu überwinden sind. Knill/Lehmkuhl definieren hierfür ihrer Meinung nach „negative“ und „positive Integrationspolitiken“ der supranationalen EU Organisationen. Nationaler Widerstand gegen bestimmte EU-Einheitliche Politiken entstehe meist aus einer „negativen“ Integrationspolitik. Negativ in diesem Zusammenhang bedeute, daß der Typus der Gesetze oder der Vorschriften nicht an den jeweils national präferierten Politiktypus bzw. an die Regulationsart angepaßt sei. Das bedeutet z.B. , daß es in einem Land, in welchem etwa Selbstverpflichtungen präferierte Politikstil sind, von der EU aber verpflichtende Vorgaben erzwungen werden, es zu Widerständen kommt.

In diesem Punkt wird deutlich, daß differenziertere politische Vorgaben letztendlich möglicherweise besser zum Ziel führen, als pauschal für alle geltende Lösungen.

Neben diesem Aspekt müsse auch die Akteurskonstellation des jeweiligen Landes berücksichtigt werden. Als zweiter erstrebenswerter Integrationstypus wird die „Framing Integration“ gesehen. Dies bedeutet, daß Integration nicht nur die Erzwingung von Politiken bedeuten darf, sondern auch die Grundhaltung der nationalen Akteure in Bezug auf die EU verbessert werden soll, um Unterstützung statt Widerstand auf nationaler Ebene für die Reformprojekte zu erhalten (Knill/Lehmkuhl, 1999).

Herauszustellen in Bezug auf das Konfliktpotential einer Integrationspolitik ist sicherlich auch die Unterscheidung zwischen regulativer und redistributiver Politik. Redistributive Politik nimmt von bestimmten Akteuren Geld und verteilt es um. Im Kontext der EU bedeutet dies, daß die Union von den Mitgliedsstaaten ihren Etat erhält, welchen sie dann für Förderprojekte, etwa für die Landwirtschaft ausgibt. Auf dieser Ebene kommt es häufig zu Verteilungskonflikten, da alle Staaten in der Regel ein möglichst großes Stück dieses Kuchens abhaben wollen.

Eine andere Konfliktebene besteht bei regulativen Politiken (z.B. Grenzwerte für Emissionen), da sie kein Geld verteilen, aber kostenintensiv für bestimmte Akteure sind – etwa im Bereich der Umweltpolitik für die Industrie. Grundsätzlich enthalten regulative Politiken je nach

Politikbereich für einzelne Mitgliedsstaaten mehr politischen Zündstoff, da sie stärker in das Handeln und in die Autonomie nationaler Regierungen eingreifen, als redistributive Politiken.

5.2 Konfliktlinien

Die Konfliktlinien innerhalb Europas verlaufen an vielen Stellen und zwischen unterschiedlichsten Länderkonstellationen. So reichen die Konfliktthemen von ökonomischen, über sicherheitspolitische hin zu sozialen Bereichen.

In der Folgenden Tabelle werden wichtige Konfliktfelder zusammengefaßt:

Welche möglichen Konfliktlinien gibt es innerhalb der EU?			
Ökonomische Verteilungskonflikte	Arm vs. (unter 75% des Durchschnitts; Nettoempfänger)		Reich (über 100% des Durchschnitts; Nettozahler)
Grad der Integration – Der Euro	ja vs.		Nein
Ökonomische Ordnungskonzeption	Keynesianisch vs.		Ordo-liberal
Sicherheitspolitische Konzeption:	z.B. Pro-Irakkrieg pro-US-Raketenabwehr		Contra-Irakkrieg Contra-US-Raketenabwehr
Geopolitische Interessengebiete	Süd-West vs.		Nord-Ost
Integrationsziele	Supranationale vs.		Intergouvernementale Entscheidungsstrukturen
Machtpolitische Verteilungskonflikte: Bevölkerungsgröße	Klein vs.	Mittel vs.	Groß
Alter der Mitgliedschaft	Alt vs.		Jung
Regulationsweise	Wettbewerbsorientierte Marktwirtschaften vs.	Kooperative Leistungsgesellschaften vs.	Verteilungsorientierte Wohlfahrtsstaaten:
Sozialstaatliche Ausprägung	Sozialdemokratisch		Liberal/Konservativ
Weltanschauliche, Religiöse Aspekte	Religiös		Sekular
u.a. nach Janning/Giering, 1999; Fuchs/Scharrer, 2002			

Die unterschiedlichen nationalen kulturellen Ausprägungen, Regulationsweisen, Politikstile etc. bergen Konfliktpotential, welches in Abbildung 2 auch deutlich wird. Hier sind die Positionen der EU-Staaten vor der Regierungskonferenz in Amsterdam (1997) exemplarisch dargestellt. Auch wenn die Fragen der Tabelle teilweise nicht mehr aktuell sind, so zeigt der Vergleich doch auf, wie heterogen die politischen Standpunkte innerhalb der EU sind.

POLITIKFELD	D	F	I	B	NL	LUX	GB	IRL	DK	GR	SP	P	S	A	SF
Weniger Kommissionsmitglieder als Mitgliedsstaaten	Grün	Grün	Grün	Rot	Rot	Schwarz	Blau	Rot	Rot	Rot	Grün	Rot	Rot	Rot	Rot
Mehr Rechte für das Europäische Parlament	Grün	Rot	Grün	Grün	Grün	Grün	Schwarz	Grün	Blau	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün
Mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Rot	Grün	Blau	Grün	Grün	Grün	Blau	Grün	Grün
Neue Stimmgewichtung im Rat	Blau	Grün	Grün	Rot	Rot	Schwarz	Grün	Rot	Blau	Schwarz	Grün	Blau	Rot	Rot	Rot
Stärkung der Subsidiarität	Gelb	Blau	Blau	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Blau	Rot	Rot	Blau	Grün	Grün	Grün
Stärkung der Umweltpolitik	Grün	Blau	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün
Beschäftigungspolitik als Bestandteil des EG-Vertrags	Rot	Blau	Grün	Rot	Rot	Schwarz	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün
Stärkung der GASP	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Blau	Blau	Blau	Blau	Blau	Blau	Blau	Blau
Fusion WEU – EU	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Grün	Schwarz	Blau	Blau	Blau	Blau	Blau	Blau	Blau	Blau
Vergemeinschaftung einzelner Aspekte der Innen- und Justizpolitik	Grün	Blau	Grün	Grün	Grün	Grün	Schwarz	Blau	Blau	Blau	Blau	Blau	Blau	Blau	Blau
	Unbedingt dafür	dafür	Prüfen	Dagegen	Keinesfalls										

Abbildung 3: Positionen der EU-Staaten zur Regierungskonferenz in Amsterdam (1)

„schnelleren“ und die rot/schwarz gefärbten Länder die „langsamen“ innerhalb der europäischen Integration sind.

Auch wird in dieser Aufstellung deutlich, welche Politikbereiche besonders schwierig im Rahmen der europäischen Integration sind, oder welche eher weniger kontrovers sind. Interessant ist auch etwa die vertikale Lesart, welche die „Bremser“ bzw. die progressiven im Sinne der Integration sichtbar macht.

Plakativ kann man im Sinne der verschiedenen Geschwindigkeiten anmerken, daß die grün gefärbten Länder tendenziell die

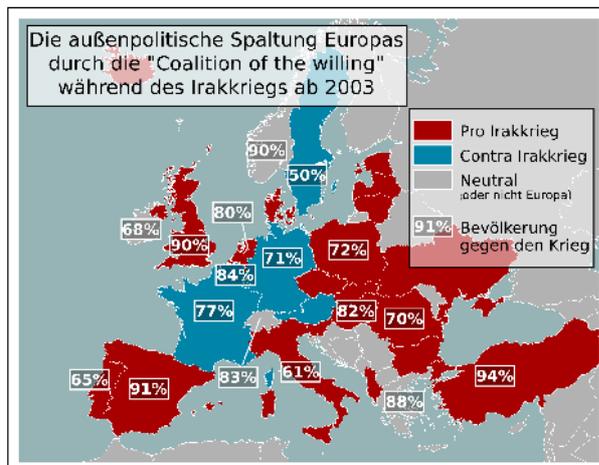
5.3 Beispiel für die Differenz: Sicherheitspolitik

Europa war sich historisch betrachtet immer dann am einigsten, wenn eine äußere Bedrohung vorhanden war (Palm, 2003 nach Schulze, H.). Zum Beispiel einte die Angst vor dem Osmanischen Reich Europa, oder fand im 20. Jahrhundert eine einigende Mobilisierung gegen das nationalsozialistische Deutschland statt. Als jüngstes Beispiel könnte der Kampf gegen den Terrorismus genannt werden, wobei dieser durchaus nicht nur mit den selben Ansätzen innerhalb der EU bekämpft werden soll (Palm, 2003). Auch in der Frage der Flüchtlings oder Migrationspolitik findet eine Abgrenzung Europas gegenüber dem Rest der Welt statt (Janning/Giering, 1999).

In der Präambel zur Europäischen Union wird in Artikel 2 festgestellt, die Mitgliedsstaaten wollten eine gemeinsame Sicherheitspolitik verfolgen, unter anderem, um „die Identität und Unabhängigkeit Europas zu stärken“. Ziel sei eine gemeinsame Verteidigungspolitik (Pfetsch, 2001).

Auch die Ziele der GASP deuten in diese Richtung: Der Einklang mit der UN-Charta, die Wahrung der gemeinsamen europäischen Werte, die Sicherheit und Unabhängigkeit Europas, sowie die Stärkung von Demokratie und Menschenrechten werden hier als Ziele definiert. (Pfetsch, 2001)

1 (Pfetsch, 2001 294 nach: Institut für Europäische Politik)

Abbildung 4: "Coalition of the willing"¹

Ein Opting-Out im Rahmen der GASP wird begrenzt durch die Vorschrift der „Unionsförderlichkeit“, also die Wahrung und Verfolgung der Interessen der Union als Ganzes in der Außen- und Sicherheitspolitik (Urbancsek, 2008).

Eine gemeinsame Außenpolitik gibt es allerdings nur in bestimmten Bereichen, wie etwa in der Diskussion über die Iranpolitik oder den Nahostkonflikt. Im Sicherheitsrat oder in der UNO sind hingegen weiterhin nur Nationalstaaten systembedingt von Relevanz.

Durch die Frage der Unterstützung der USA und ihres Irakkrieges, kam es trotz der genannten Vorgaben der europäischen Außenpolitik 2003 zu einer außenpolitischen Spaltung Europas. Anstatt sich zu den geopolitischen Interessen Europas und den europäischen Grundwerten des Völkerrechts und des Friedens zu bekennen, schlugen sich viele EU-Länder aus egoistischen Interessen auf die Seite der US-Amerikaner, die einen völkerrechtlich nicht legitimierten Präventivkrieg führten („Trojanische Pferde der USA in Europa“ (Elsässer, 2004)).

Auf der positiven Seite hatte die Opposition eines „Alten Europa“ (wie der rechtskonservative damalige US-„Verteidigungs“minister Rumsfeld die gegen den Irakkrieg opponierenden europäischen Länder nannte) hatte einen gewissen einigenden Effekt, wenngleich eher auf der Ebene der Bevölkerungen, als auf der Ebene der Regierungen. Besonders deutlich war die Differenz zwischen Bevölkerung und Regierung in Großbritannien zu erkennen.

6. Differenzierte Integration: Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten

Verschiedene Integrationsgeschwindigkeiten wurden bereits seit den 1970er Jahren diskutiert. Die Vorschläge implizieren entweder eine zeitliche, eine inhaltliche, oder eine geographische Abstufung, also eine selektive Integration in Bezug auf bestimmte Politikfelder. Die Begriffe überschneiden sich teilweise und sind auch nicht immer sehr trennscharf, zumal viele Autoren die Begriffe unterschiedlich verwenden und teilweise widersprüchlich interpretieren (Janning/Giering, 1999).

Der Nutzen verschiedener Integrationskonzepte kann im Wettbewerb verschiedener Ideen um die „sinnvollste“ Strategie für die europäische Integration gesehen werden (Urbancsek, 2008). Im Folgenden werden die wichtigen Begriffe einer differenzierten Integration dargestellt:

¹ Weltalmanach, 2004; www.whitehouse.gov/infocus/iraq/news/20030327-10.html (Stand: 27. März 2003); DIE ZEIT Nr.7/ 6.2.03, S.3

Begriffsdifferenzierung der verschiedenen Geschwindigkeiten: Flexibilisierungskonzepte für die Europäische Integration

<i>Integrationskonzept</i>	<i>Inhaltliche Dimension / Integrationsgrad</i>
Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten Abgestufte/Differenzierte Integration	Einer kleinen Gruppe innerhalb der Gemeinschaft wird das Recht eingeräumt, eine Vorreiterrolle zu spielen und die Entwicklung der Gemeinschaft durch ein „Voranpreschen“ in bestimmten Politikbereichen voranzutreiben (wie etwa bei der Währungsunion geschehen). Bei der 'Differenzierten Integration' darf dies auch gegen den Widerstand der Mehrheit geschehen. Die Länder dürfen hierbei aber nicht grundsätzlich von den gemeinsam definierten Integrationszielen abweichen. Zeitlich begrenzte Ausnahmeregelungen für einzelne Länder zählen auch zu diesem Konzept. (Vorschlag u.a. 1974 von Willy Brandt, sowie vom belgischen Ministerpräsident Tindemans 1975)
„Europa der konzentrischen Kreise“ Kerneuropa „Pioniergruppe“ Gravitationszentrum	Ähnliches Konzept. Auch hier soll es einen harten Kern von Ländern geben, welcher in bestimmten politischen Feldern zusammenarbeitet bzw. schneller voranschreitet. Um diese Kernländer herum existierten dann Ringe mit Abnehmender Integrationsintensität (die Ringe seien nicht zwangsläufig geographisch zu sehen, sondern auch vom Integrationsgrad her, also abstrakt zu betrachten). Unterschied zu den „...verschiedenen Geschwindigkeiten“: Die Duldung permanenter Integrationsdifferenzen. (Politiker, die u.a. diesen Ansatz vorschlugen: Der französische Premier Balladur, 1994, Schäuble/Lammers (CDU), 1994 und 1999, sowie Schröder/Chirac, 2003.)
„Europa à la carte“	Selektive Integration – Die Mitglieder dürfen frei wählen, welche Teile der EU sie für sich übernehmen wollen und welche nicht. Das Konzept stellt ein Minimum an Integrationsintensität dar und würde vermutlich zu einer starken „Zerfaserung“ der EU führen. Die Austrittsmöglichkeit aus der EU gehört auch zu diesem Konzept.
Die EU als Club voller (interessengeleiteter) Clubs	Verschiedene Interessengemeinschaften, welche sich teilweise überlappen, aber untereinander funktional abgrenzen und innerhalb des Gesamtgebildes der EU bestehen. De facto bestehen in der EU solche Clubs, auch wenn dies nicht definierte Gemeinschaftspolitik ist. Konsequenter angewendet, würde dieses Konzept bedeuten, daß Länder nur denjenigen Clubs beitreten, welche ihnen ökonomisch „etwas bringen“. (Strategie erstmals 1979 von Lord Dahrendorf vorgeschlagen)
„Nizza Plus“ / „cherry-picking“ Ansatz Europa der variablen Geometrie	Herauslösen bestimmter Elemente aus den EU-Politiken, welche dem jeweiligen Land genehm sind, bei gleichzeitigem Weglassen der politischen Elemente, welche dem jeweiligen Land eher unangenehm oder nachteilig im Sinne des Eigeninteresses erscheinen. Unterschiede werden akzeptiert und eine dauerhafte Trennung zwischen einer Gruppe von Mitgliedstaaten und den restlichen Ländern wird ermöglicht.

(Schäfer, 2007; Maurer, 2007; Herz/Hild, 2007; Elsässer, 2004b; Greil, 2006; Schäfer, 2005; Urbancsek, 2008; Janning/Giering, 1999; http://europa.eu/scadplus/glossary/hard_core_de.htm; http://europa.eu/scadplus/glossary/variable_geometry_europe_de.htm)

Die Vielzahl an Vorschlägen und Formulierungen, welche alle in die Richtung einer differenzierteren europäischen Integration zielen, macht klar, daß es eine Unzufriedenheit mit dem Integrationsprozeß gibt. Diese kommt etwa zustande wenn auf EU Ebene trotz langwieriger Verhandlungen keine Einigung erzielt wird (u.a. Maurer, 2007). Die Vorschläge spiegeln also die Tatsache wider, daß die europäische Integration von Anfang an eine ständiger (streckenweise frustrierender Prozeß) war und ist, in welchem ständig auch nach Wegen gesucht wird, eine schnellere Entwicklung zu ermöglichen. Das schnellere Voranschreiten wird häufig

damit gerechtfertigt, daß nicht stets das langsamste Mitgliedsland das Tempo der Union bestimmen dürfe (Frenkler, 1997).

Häufig bilden sich kurzfristige Bündnisse heraus, wenn ein bestimmtes Thema von aktueller Relevanz ist und zwei, oder mehr Länder diesbezüglich ihre Interessen gebündelter und somit effektiver formulieren können. So etwa geschehen im Falle des Vorstoßes der südlichen Länder in Bezug auf die Flüchtlingspolitik (Maurer, 2007).

Viele Sonderwege werden von den Vollmitgliedern der EU gegangen, die bereits das „höchste“ Integrationsniveau erreicht haben. Von diesen Ländern werden auch meistens die Erwartungen gegenüber den neueren Mitgliedsstaaten formuliert, die noch weniger integriert sind. Sogenannte „Lenkungsgruppen“, wie etwa die deutsch-französische Achse, leiten ihren Lenkungsanspruch auch aus der historischen Stellung innerhalb Europas ab (Maurer, 2007). Ein solcher implizierter Führungsanspruch ist problematisch, da er – insbesondere mit kleineren Staaten der EU – Spannungen erzeugen kann („Panneuropäische Burschenschaft“ (Elsässer, 2004)). Negativ zu bewerten sind solche Bündnisse auch, das sie auf Kosten der Transparenz gehen, sich den gemeinsamen demokratischen Strukturen entziehen und die europäische Politik sehr stark fragmentieren. Auch werden die europäischen Institutionen in den Verhandlungen jener Initiativgruppen nicht immer eingebunden, was nicht im Sinne der Gemeinschaft und der Transparenz ist (Maurer, 2007; Greil, 2006).

Im schlimmsten angenommenen Fall könnte eine Aufspaltung Europas in zwei unterschiedliche politische Stoßrichtungen eine Verdoppelung bestehender supranationaler EU-Organe zur Folge haben. Auch wäre eine Spaltung Europas wohl nicht dem europäischen Gemeinwohl dienlich. Wenn EU-Länder nur ihre Interessen in kleinen Ländergruppen verfechten würden – etwa in der Agrarpolitik – wäre eine solche Entwicklung letzten Endes auch schlecht für die Agrarprotektionisten, da sie ihre Politik so ohne Widerstand aus der Gemeinschaft die nächsten Jahre unverändert weiterführen könnten und die Entwicklung somit stehen bliebe (Greil, 2006).

Gruppenbildungen innerhalb der EU können aber auch sinnvoll sein, etwa in der Kooperation mit außereuropäischen Ländern, wie etwa im Falle des Ostseerates der zusätzlich zur EU Politik für ein gutes Verhältnis zu Rußland sorgt.

Im Vertrag von Amsterdam wurde eine abgestufte Integration zwar grundlegend angenommen, diese Flexibilität wurde hier aber als letztes Mittel zur Einigung definiert. Flexibilisierungsinitiativen müssen von der Mehrheit der Mitgliedsstaaten getragen werden. Das Herausbilden von geopolitischen Kernen wird so fast unmöglich gemacht, da die jeweiligen Interessengruppen meist nicht die Mehrheit der Staaten umfassen (Janning/Giering, 1999).

6.1. Positives Beispiel für eine differenzierte Integration: Die Währungsunion – Der Euro Raum

Die Einführung des Euro im Rahmen der Europäischen Währungsunion (EWU) ist ein gutes

Beispiel dafür, wie zeitlich differenzierte Integration funktionieren kann. Im Prinzip sind die anderen europäischen Länder außerhalb der Währungsunion auch Teil des Währungssystems, da sie ihre Währungen meistens fest an den Eurokurs gekoppelt haben. Nur die Währungen Großbritanniens, Polens, Ungarns, Rumäniens und Tschechiens weichen im Wert deutlich vom Euro ab. Dennoch hat die Differenz beim Euro bisher den Integrationsprozeß in anderen Bereichen nicht merklich verzögert. Zumindest gibt es keine Feindseligkeiten zwischen Euro- und Nicht-Euro-Ländern (Herz/Hild, 2007).

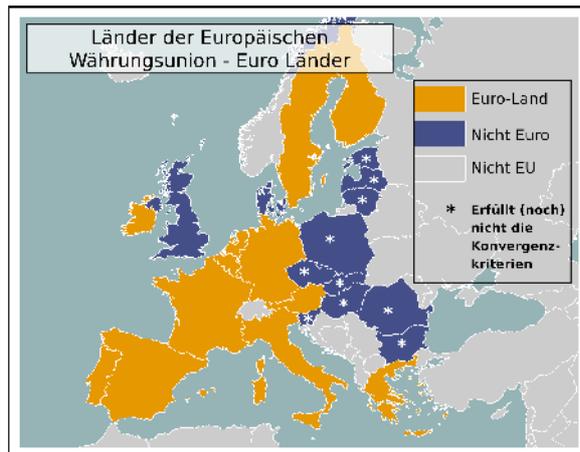


Abbildung 5: Länder der Eurozone²

Die Einführung des Euro ist nur für Länder, welche die Konvergenzkriterien¹ erfüllten erlaubt. Teilweise wurde dies als „Zwei-Klassen-Gesellschaft kritisiert“ (Pfetsch, 2001). Auf der anderen Seite sorgen die harten Kriterien für den Euro-Beitritt für Währungsstabilität und damit für ökonomische Sicherheit in der Entwicklung der EU.

Die Einführung des Euro ist nach anfänglichen Widerständen und einer großen Skepsis in einigen Ländern – insbesondere auch in Deutschland – bisher ökonomisch betrachtet ein sehr erfolgreiches europäisches Einigungsprojekt. Für die meisten neuen EU Länder stellt der Beitritt zur Währungsunion ein wichtiges Integrationsziel dar. Der ökonomische Anreiz eines Beitrittes zu Euroraum hat mittel- und langfristig aber natürlich auch einen positiven Nebeneffekt auf die kulturelle Identifikation der Bevölkerungen mit dem europäischen Projekt.

Negativ im Zusammenhang mit dem Euro bleibt die „opting-out-Kultur“, welche von Großbritannien, Dänemark und Schweden praktiziert wird, indem sich diese Länder dem Euro-Raum entzogen. Da sie die Konvergenzkriterien für den Beitritt zum Euro erfüllen, aber nicht in der Währungsunion sind, begehen sie einen Vertragsverstoß, gegen welchen bisher aber kein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet wurde (Herz/Hild, 2007).

7. Das Spannungsverhältnis zwischen Erweiterung der EU und Vertiefung

Es entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen Erweiterung der EU und der Vertiefung. Also zwischen der quantitativen Ausweitung und der qualitativen Intensivierung gemeinsamer Politiken. Dies liegt daran, daß die Erweiterung eine zunehmende Heterogenisierung mit sich bringt und die Vertiefung eine stärkere institutionelle Homogenisierung. Es wird teilweise von „Heterogenitätskosten“ gesprochen, welche durch die Erweiterung in zunehmendem Maße entstünden (Schäfer, 2005). Die Bestrebung der EU, nationale Heterogenitäten „weg zu har-

¹ Ökonomische Rahmendaten wie z.B. Inflationsrate

² (DNR, 2004), Fischer Weltalmanach 2002; www.europa.eu

monisieren“ wird kritisiert. Einige Autoren konstatieren, daß sich Erweiterung und Vertiefung gegenseitig ausschließen würden. Die zu starke Zentralisierung des heterogenen Europas führe zwangsläufig zu jenem, als negativ empfundenen opting-out Verhalten einzelner Staaten. Dezentralisierung und mehr Wahlmöglichkeiten, also die differenzierte Integration, sollte stattdessen praktiziert werden.

Grundsätzlich stellen die meisten Autoren fest, daß durch die Erweiterung der Union auch der Reformbedarf steigt, damit die Union in ihrer Vielfalt funktionieren kann (Schäfer, 2005).

Schäfer findet, sofern die Heterogenitätskosten höher sind als die durch die Vergemeinschaftung entstehenden Skalenerträge, sollte die weitere Vertiefung, also politische Regulierungsintensität der EU gestoppt werden. Hier kommt eine weitere häufig formulierte Forderung auf, es solle ein „Kern Acquis“ geben, welchem sich alle verpflichten müßten und darüber hinaus frei wären, den gewünschten Politclubs verschiedener Interessengruppen beizutreten. Die strikte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips solle zudem praktiziert werden (welches auch seit dem Vertrag von Maastricht als Ziel der EU Politik definiert wurde, wenn hier auch nicht klar definiert, sondern nur als Apell) (Schäfer, 2007; Maurer, 2007; Bujard, 2002).

8. Mögliche zukünftige Konstellationen

8.1 Die EU-Verfassung in Bezug auf differenzierte Integrationsgeschwindigkeiten

In der Frage des gescheiterten Verfassungsvertrages kommen unterschiedliche Geschwindigkeiten innerhalb Europas zum Vorschein. Interessant ist hierbei besonders, daß gerade in den „Kernländern“ Frankreich und den Niederlanden die Verfassung am Widerstand der Bevölkerungen scheiterte.

Ein Verfassungsvertrag würde die Möglichkeiten für eine differenziertere Entwicklung in verschiedenen Geschwindigkeiten oder in verschiedene Richtungen ermöglichen (Weidenfeld, 2006). Mit der Zunahme von Mitgliedern in der EU wächst auch die Vielfalt an Interessen. Nicht alle EU-Länder müssen bei jedem politischen Projekt von Anfang an dabei sein, sondern können auch teilweise später jene Projekte übernehmen. Hierbei besteht natürlich die Gefahr einer Zersplitterung der Union und einer Unterwanderung der Einigkeit. Die Europäischen Verträge (und auch der Verfassungsentwurf) ermöglichen eine „verstärkten Zusammenarbeit“ verschiedener Länder innerhalb der EU. Dieses Instrument wurde bisher jedoch von den Mitgliedsstaaten nicht genutzt. Die Verfassung wird aber vorschreiben, daß sich an der verstärkten Zusammenarbeit mindestens ein Drittel der EU-Länder beteiligen muß. Das Instrument ist jedoch nur vorgesehen, wenn die Integration ins Stocken geraten sollte. Auch darf es zu keiner Abspaltung oder Wegentwicklung von der EU durch jene verstärkte Zusammenarbeit kommen.

In den Bereichen, in welchen die Gemeinschaft die ausschließliche Kompetenz besitzt, wird eine Differenzierte Entwicklung der Mitgliedsstaaten nicht erlaubt sein (Urbancsek, 2008).

8.2 Die regionale Dimension der Integration

Insbesondere durch eine Identifikation von einigen EU-Regionen als peripher, hat sich auch der subjektiv empfundene Druck erhöht, mit der europäischen Entwicklung Schritt zu halten (aufgrund des Glaubens an die Divergenztheorie, also daran, abgehängt zu werden, wenn man nicht im Zentrum ökonomischer Verdichtung steht) (Heeg et al., 2000).

Innereuropäische Städtekooperationen oder Netzwerke, deren Entstehen Folge eines solchen Druckes angesehen werden können, sind ganz im Sinne des Gedankens eines Europas der Regionen und dürften auch in Zukunft an Bedeutung gewinnen (Oßenbrügge, 2004). Sie sind damit auch im Sinne einer konvergenten Entwicklung innerhalb Europas zu sehen und können zu einem Angleichen der verschiedenen „Geschwindigkeiten“ aus einer eher lokal/regionalen Stoßrichtung beitragen.

In Bezug auf die regionale Ausrichtung der EU wurde der „Ausschuß der Regionen“ (AdR) 1993 gegründet. Er soll eine konvergente Entwicklung innerhalb der EU fördern. Bedeutsam ist in diesem Kontext daß der Ansatz „unten“ ansetzt, also vor allem auch die Bevölkerung in den Integrationsprozeß einbeziehen soll und somit zusätzlich das Demokratiedefizit Europas bekämpfen helfen soll. Der Ausschuß der Regionen ist eine politische Versammlung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften, welche im institutionellen Gefüge der EU die Interessen der Regionen vertritt. Im EU-Vertrag ist festgeschrieben, daß die Regionen in den Bereichen Infrastrukturnetze, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur an Entscheidungsprozessen teilhaben müssen. Subsidiarität, Bürgernähe und Zusammenarbeit auf regionaler/kommunaler, wie auf Nationaler Ebene sind Prinzipien, nach welchen der AdR vorgeht.¹

8.3 Eine Sezessionsoption/„Exit Option“ für EU Mitglieder?

Die Implementation eines Sezessionsrechtes, also der Möglichkeit eines Austritts aus der EU in die europäische Verfassung, könnte den Druck auf die Nationalstaaten erhöhen, den Einigungsprozeß voranzutreiben. Andererseits könnte dies auch die Verhandlungsposition hartnäckiger Einzelstaaten steigern, die sich nicht am Gemeinwohl, sondern ausschließlich am Eigenwohl orientieren. Es müßte als politisches Gegengewicht also auch die „Kündigungsmöglichkeit“ der EU gegenüber einem Einzelstaat bestehen. Im schlechteren Falle könnte ein Sezessionsrecht zu einem kompletten Herausbrechen wichtiger europäischer Länder führen und somit die Gemeinschaft als Ganzes gefährden.

9. Fazit und Ausblick

Aufgrund der extremen Diversität europäischer Politikstile, Kulturen und Regulationsweisen, erscheint eine Flexibilisierung der europäischen Integration die einzige Möglichkeit zu sein,

¹ www.cor.europa.eu/de/presentation/role.htm; Warleigh, 1999

langfristig den „inneren Frieden“ in der Union zu gewährleisten.

Hierbei darf es aber nicht zu einem deutlichen Auseinanderlaufen der Interessen im Sinne eines Clubs voller Clubs oder einem Europa à la carte kommen, in welchem die Gemeinschaft als sekundär betrachtet wird und wieder vor allem nationale Interessen im Vordergrund stehen. In diesem Fall stünde Europa nämlich wieder da, wo es schon einmal stand: Im Nationalismus. Und genau um diesen einzudämmen und möglicherweise um ihn langfristig auch abschaffen zu können, wurde das europäische Integrationsprojekt schließlich gegründet.

Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, in welchem ein gemeinsames Ziel zwingend definiert werden muß, der Weg dorthin jedoch zeitlich abgestuft verläuft, erscheint als ein sinnvoller und moderater Zwischenweg, um einerseits den integrationseifrigeren und andererseits den etwas schwerer zu überzeugenden Staaten innerhalb der EU gerecht zu werden. Genau dies ist derzeit auch die EU Politik. Im europäischen Verfassungsentwurf wurde auch genau dies festgeschrieben.

Etwas weniger zentralistische Starrheit würde der EU-Politik sicherlich gut tun. Daher ist die Betonung des Subsidiaritätsprinzipes auch von großer Wichtigkeit. Vor allem auch im Lichte des Akzeptanzdefizites, was bei den meisten europäischen Bevölkerungen in Bezug auf die EU besteht.

Etwas langsamer wird die Europäische Integration auf der Ebene der Identifikation voranschreiten. Aber gerade auch durch den europäischen Einigungsprozeß entsteht auch etwas, woran es in Europa anscheinend mangelt, nämlich eine gemeinsame Geschichte. Wenn die europäische Integration letzten Endes als erfolgreich bewertet werden sollte, so könnte allein das gemeinsame Erfolgsgefühl, den Nationalismus in Teilen überwunden zu haben, zu einer positiven Identifikation der Bevölkerungen mit dem europäischen Projekt führen.

Nationale Identitäten, welche an bestimmte politische Ausrichtungen geknüpft sind (wie etwa Wirtschaftsparadigmen wie der Liberalismus oder der Kooperatismus), werden auch in Zukunft in Europa erhalten bleiben, auch wenn es hier immer wieder Verschiebungen – etwa ausgelöst durch Regierungswechsel – geben wird. In diesem Punkt ist es tatsächlich fraglich, ob man nur von verschiedenen Geschwindigkeiten reden kann, oder nicht viel eher von verschiedenen Wegen sprechen muß. So wird es in sozialstaatlichen Fragen etwa zwischen Deutschland und England, oder in Fragen der Energiepolitik zwischen Frankreich und Deutschland vermutlich immer nur den kleinsten gemeinsamen Nenner geben, die Geschwindigkeit der Angleichung also nicht vorhanden sein, oder sehr langsam verlaufen.

Die eindeutigen Zuschreibungen eines bestimmten Paradigmas oder eine bestimmten politischen Ausrichtung für europäische Länder, sollten mit Vorsicht betrachtet werden. Schließlich ändern sich nationale Politiken oder Politikstile nach Wahlen mitunter drastisch. Die Bedeutung konservativer oder sozialdemokratischer Regierungen ist vielen Fällen höher für die Ausrichtung der nationalen Politik, als das Grundparadigma oder etwa die Regulationsweise, welches dem jeweiligen Land zugeschrieben wird. Auch unterscheiden sich häufig die Meinungen bzw. Interessen der Bevölkerungen und der nationalen Regierungen fundamental, wie es etwa in Großbritannien in Bezug auf den Irakkrieg der Fall war, oder wie es in Deutschland derzeit zwischen der Bevölkerungsmeinung und der konservativen Politik

der Bundesregierung eine eindeutige Differenz in der Frage eines flächendeckenden Mindestlohns für alle Branchen gibt. Die Trennlinien verlaufen also nicht immer linear und auch nicht ausschließlich entlang von Ländergrenzen, sondern auch quasi vertikal zwischen verschiedenen Politikebenen oder horizontal zwischen anderen Akteuren und der Bevölkerung.

Letzten Endes hat die Geschichte der europäischen Integration bis heute stets gezeigt, daß für jeden Konflikt und für jede politische Barriere am Ende eine Einigung stand. Insofern ist es wohl eigentlich keine Frage, daß sich Europas politische und kulturelle Integration auch in Zukunft fortsetzen wird. Möglicherweise mit einer niedrigen Entwicklungsgeschwindigkeit aber das erscheint mir kein allzu großes Problem zu sein.

Integration verstanden als fortdauernder, nie endender Prozeß, in dessen Zuge es zu einer immer stärkeren Annäherung kommt, wird mit dem schönen Begriff „ever closer union“ beschrieben.

10. Literaturverzeichnis

Herz, B. / Hild, A.

Ist die EWU ein Modell für eine EU der zwei Geschwindigkeiten?

Aus: Wirtschaftsdienst Nr. 8 / 2007

www.sylvia-yvonne-kaufmann.de/eu-verfassung/regierungskonferenz07/200708311055.html

Bujard, M.

Die Reformfrage der Europäischen Union - Vereinigte Staaten von Europa in 2020?

Heidelberg, 2002

www.martinbujard.de/inhalt/u-eureform.pdf

DNR (Geschäftsstelle Berlin / EU-Koordination und Internationales) Hrsg.

Das Europäische Parlament in der Sechsten Wahlperiode 2004 – 2009 - 732 Stimmen für die Umwelt?

Berlin, 2004

Davidis, Y.

Die Europäische Regional- und Strukturpolitik

Aus: Rissener Einblicke 06/07-2004, S. 59-82

www.editiononline.de/pdf/davidis_strukturpolitik.pdf

Dicken, P.

Global Shift (4th Edition) – Reshaping the Global Economic Map in the 21st Century

New York / London 2002

Ffetsch, F.R.

Die Europäische Union – Eine Einführung 2. Auflage

München, 2001

Frenkler, U.

„Deutsche Politik in der Europäischen Union“

aus: DFG-Projekt 'Zivilmächte' - Fallstudie

1997

Fritzler, M. / Unser, G. (Bundeszentrale für Politische Bildung)

Die Europäische Union

Bonn, 2001

Fuchs, D./Scharrer, H.

Erfolgsbedingungen ökonomischer Aufholprozesse in Europa

Auszug aus: INTEGRATION 25. Jg., 4/2002

www.aei-ecsa.de/tagung_konvergenz-divergenz_bericht.pdf

Gaisbauer, H. P.

Europäisierung Mitteleuropas qua Verfassung? - Über die Schwierigkeiten der Synchronisierung der erweiterten EU1

Aus: DGAP-Schriften zur internationalen Politik - Die Transformation nationaler Politik - Europäisierungsprozesse in Mitteleuropa

2005

Greil, C.

Mission Impossible ? Die Große Koalition, Europa und die Krise des

Verfassungsvertrages.

Mai 2006

www.weltpolitik.net/attachment/0644a930ba1074b5cca2acd4809cbcd5/9537577c2cdb5905a071bcd7de752831/greil290506.pdf

Heeg, S. / Klagge, B. / Oßenbrügge, J.

Kooperation zwischen Metropolregionen – Ansatzpunkte für die verstärkte Zusammenarbeit von Hamburg und Berlin auf der Basis der Erfahrungen internationaler und nationaler Städtekooperationen
Hamburg, 2000

Holtmann, D. / Riemer, P. (Hrsg.)
Europa: Einheit und Vielfalt – Eine interdisziplinäre Betrachtung
Münster, 2001

Janning, J./Giering, C.
Differenzierung als Integrationskonzept
der künftigen Europäischen Union
Thesenpapier zur Tagung "Systemwandel in Europa" am 24./25. September in Bonn
1999

Kirchner, C.
Europäischer Verfassungsvertrag EU-„Reformvertrag“ und multioptionaler Verfassungsvertrag
Aus: Wirtschaftsdienst Nr. 8 / 2007
www.sylvia-yvonne-kaufmann.de/eu-verfassung/regierungskonferenz07/200708311055.html

Knill, C. / Lehmkuhl, D.
How Europe Matters. Different Mechanisms of Europeanization
Aus: European Integration online Papers (EIoP) Vol. 3 (1999) N° 7
1999
<http://eiop.or.at/eiop/texte/1999-007.htm>

Maurer, A.
Chancen und Grenzen eines Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten
Aus: Wirtschaftsdienst Nr. 8 / 2007
www.sylvia-yvonne-kaufmann.de/eu-verfassung/regierungskonferenz07/200708311055.html

Oßenbrügge, J.
Macht im Werden? - Europas Weg zum integrierten Wirtschaftsraum und zur politischen Union
Aus: Praxis Geographie 5/2004

Schäfer, W.
ERWEITERUNG UND VERTIEFUNG DER EU: INSTITUTIONELLER REFORMBEDARF
Universität der Bundeswehr
Hamburg, 2005

Schäfer, W.
Eu Verfassung - Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten?
Aus: Wirtschaftsdienst Nr. 8 / 2007
www.sylvia-yvonne-kaufmann.de/eu-verfassung/regierungskonferenz07/200708311055.html

Siebert, H.
Europe – Quo Vadis? - Reflections on the future institutional Framework of the European Union
Oxford, 2002
www.blackwellpublishing.com/pdf/TWEC418.pdf

Urbancsek, A.
Grundsatz der Flexibilität: Das Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten
2008

Warleigh, A.
The Committee of the Regions – Institutionalising Multi-Level Governance?
London, 1999

Weidenfeld= Europa von A bis Z : Taschenbuch der europäischen Integration - 9. Aufl.
Institut für Europäische Politik. Hrsg. von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels
Bonn, 2006

Presse- und diverse Internetquellen

Elsässer, J.
www.heise.de/tp/r4/artikel/15/15218/1.html
Habermas sucht Kerneuropa - Von wegen kritische Theorie - der Frankfurter Philosoph betreibt Realpolitik
18.07.2003

Elsässer, J.
Kernspaltung statt Osterweiterung?
www.heise.de/tp/r4/artikel/16/16458/1.html
06.01.2004

Fischer Weltalmanach, 2002, 2004, 2007

Fritz-Vannahme, J.
Ein, zwei oder drei Europas?
Aus: DIE ZEIT 17.12.2003 Nr.52

DIE ZEIT Nr.7/ 6.2.03, S.3 DIE ZEIT Nr.7/ 6.2.03, S.3

24 Palm, G.

Europäischer Gleichgewichtssinn
Wie viel Nationalität verträgt ein politisch starkes Europa?
20.05.2003
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/14/14803/1.html>

www.whitehouse.gov/infocus/iraq/news/20030327-10.html (Stand: 27. März 2003)

www.wikipedia.org (Überprüfung diverser Stichworte)